

Das Krisenkarussell

Folgenreicher Einbruch: Der große Crash von 2008 und seine Auswirkungen

Von *Guenther Sandleben*

Texte und weitere Informationen: www.guenther-sandleben.de



reuters

Mit ihrem Latein am Ende: Führendes EU-Personal bei einem Treffen auf dem Höhepunkt der Krise in Paris (4. Oktober 2008)

Die sich gegenwärtig zuspitzende Krise ist eine direkte Folge des großen Crashes von 2008. Damals verhinderten die betroffenen Staaten durch ihre Rettungsschirme und Konjunkturprogramme sowohl eine schwere Erschütterung des kapitalistischen Systems als auch eine sich selbst verstärkende Entwertungsspirale des Kapitals. Der ökonomische Bereinigungsprozeß zur Herstellung eines neuen Gleichgewichts war blockiert. Notleidende private Kredite wurden durch öffentliche Kredite ersetzt, mit der Folge, daß die Staatsverschuldung und die Bilanzsummen der Notenbanken sprunghaft stiegen. Durch diese Rettungsaktionen wanderten die Entwertungsrisiken vom Kapitalektor in den Staatssektor. Die Gefahren, die der große Crash offenbarte, sind im Gesamtsystem geblieben, nur daß sie teilweise der Staat übernommen hat.¹

Ab Anfang 2010 verschärfte sich die Staatsschuldenkrise in einem solchen Ausmaß, daß sie vor allem in der Euro-Zone eine neue Qualität erhielt. Im Frühjahr 2010 standen Griechenland, im Herbst 2010 Irland und im April 2011 Portugal vor dem Bankrott. Seitdem droht die Staatsschuldenkrise auf weitere Länder überzuspringen, mit der Gefahr, daß die Euro-Zone auseinanderbricht. Um das zu verhindern, wurde der Euro-Rettungsschirm EFSF gespannt und weiter aufgestockt.

Betroffen sind keineswegs nur Länder der Euro-Zone; Japan, die USA und Großbritannien befinden sich in einer vergleichbar ernsten Situation. Insgesamt gesehen signalisieren die Fiskalkrisen eine neue Stufe der Verschuldung: Wurde anfangs der notleidende private Kredit durch den öffentlichen des jeweiligen Staates ersetzt, so wird jetzt der notleidende öffentliche Kredit einiger besonders gefährdeter Staaten mehr und mehr durch den Kredit anderer, noch einigermaßen kreditwürdiger Staaten ersetzt. Angesichts der auch hier bestehenden hohen Verschuldung ist dieser Anker längst brüchig.

Rückblickend betrachtet war die bisherige Schuldenpolitik nichts anderes als eine des Krisenaufschubs: Die massive Entwertung des Kapitals zur Bereinigung der Krise fand nicht statt; die Risiken sind geblieben, nur daß sie anders verteilt sind und inzwischen die Staatsfinanzen, das Vertrauen in die Notenbank und den Zusammenhalt des Euro-Raums untergraben.

Erneute Überproduktion

Mit dieser schweren Bürde steht die kapitalistische Ökonomie jetzt vor einer erneuten zyklischen Krisenverschärfung, deren Vorboten nicht nur in den USA, sondern inzwischen auch in Deutschland nicht mehr zu übersehen sind und den Anlaß dafür gaben, daß beispielsweise die OECD und das Kieler Institut für Weltwirtschaft eine schrumpfende deutsche Wirtschaft für das vierte Quartal prognostizierten. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die neuerlichen Liquiditätsschwierigkeiten der Banken weisen gleichfalls auf eine Krisenverschärfung hin, diesmal aber unter der besonderen Last der Vergangenheit. Fragen wir, ohne die Dinge schönzureden: Was kommt da auf uns zu, wenn sich das Krisenkarussell weiter beschleunigt, und welche Maßnahmen werden vorgeschlagen, um die Katastrophe zu verhindern?

Gestützt auf die umfangreichen Konjunkturprogramme, vor allem die Amerikas und Chinas, erholte sich der Weltmarkt ab dem zweiten Halbjahr 2009. Chinas Wirtschaft wuchs trotz der Exporteinbrüche immer noch um acht Prozent. Dies wurde erreicht durch massive Investitionen in Infrastruktur und Produktionskapazitäten. Zehntausende Kilometer neuer Auto- und Schnellbahnen entstanden, zu den 50 gerade erst eröffneten Flughäfen wurden 45 weitere eingeweiht, neue Wohnblocks und Fabriken schossen empor. Peking investierte fast 50 Prozent des Sozialprodukts. Die auf eine solche Weise geschaffene hohe Nachfrage verdeckte die Überproduktionskrise, die keineswegs bereinigt war. Das kam der deutschen Exportwirtschaft mit ihrer dazu passenden Produktpalette zugute. Die dafür erforderlichen Produktionskapazitäten standen bereit, da sie der Staat durch großzügige Kurzarbeiterregelungen und Hilfsprogramme für Unternehmer vor der Entwertung gerettet hatte. Deutschland gehe gestärkt aus der Krise hervor, verkündeten die Politiker mit Blick auf die Produktionskraft, die sie politisch aufrechterhalten hatten. Nun laufen die Konjunkturprogramme aus. Damit endet nicht nur der so entfachte Nachfrageschub, die neuen Kapazitäten drängen zusammen mit den zuvor geschaffenen auf den Weltmarkt. Auch China hat Verschuldungsprobleme, die einer Neuauflage von Konjunkturprogrammen entgegenstehen: Zählt man lokale, regionale und nationale Schulden zusammen, liegt dort die Verschuldungsrate bei 80 Prozent (USA: 100 Prozent; EU: 82 Prozent). Die im Juli um 7,4 Prozent gegenüber dem Vormonat eingebrochene Auslandsnachfrage für die deutsche Industrie ist ein deutliches Zeichen für eine Überproduktionskrise auf dem Weltmarkt.

Kurssturz und Staatsschulden

Der Kurssturz an den Börsen – angeführt von Bankaktien – ist ein wichtiger Indikator für die Rezessionsgefahren und die damit einhergehende Erschütterung des Kredits. Die neuerliche Vertrauenskrise unter den Banken führt dazu, daß sie ihre überschüssige Liquidität trotz geringerer Verzinsung bei der Europäischen Zentralbank (EZB) statt bei anderen Geldhäusern anlegen. Mitte September 2011 erreichte das Mißtrauen ein derart großes Ausmaß, daß US-amerikanische Institutionen europäischen Banken keine Dollarkredite am US-Geldmarkt zur Verfügung stellten. Zur Linderung der Not griffen die vier größten Notenbanken ein, um die Finanzinstitute bei voller Zuteilung mit Dollarkrediten zu versorgen. Neben den neuen Schwierigkeiten bestehen die Altlasten fort: Vor allem die Schuldenkrise in Südeuropa führt zu Abschreibungsbedarf bei den dorthin vergebenen Darlehen. Die Ratingagentur Moody's reagierte auf den Bonitätsverlust mit einer Herabstufung französischer Banken. Weil die Refinanzierung wegen der Vertrauenskrise schwieriger wird, will die französische BNP Paribas Vermögen im Wert von rund 70 Milliarden Euro verkaufen, was den Druck auf die Finanzmärkte erhöhen muß. Das Mißtrauen hat ein solches Ausmaß erreicht, daß große Industrieunternehmen wie der Siemenskonzern Gelder von Banken abziehen, um sie bei der EZB anzulegen.

Hier spielt die schwere Bürde der Vergangenheit eine besondere Rolle. Die Verschuldungsquote der Industrieländer liegt im Durchschnitt bei fast 100 Prozent. Die Kreditwürdigkeit Griechenlands, Portugals und Irlands ist bereits so stark erschüttert, daß sie keine Kredite mehr am Kapitalmarkt erhalten; Spanien und Italien, deren Bonität durch die Ratingagenturen erneut herabgestuft wurde, gelingt die Kreditaufnahme nur noch dank der Interventionen der EZB, die durch Käufe spanischer und italienischer Anleihen einen Anstieg der entsprechenden Zinsen verhindert. Zudem verhandelt Italien mit der chinesischen Regierung über mögliche Käufe von Staatsanleihen. Die Lage ist derart labil, daß Länder plötzlich vom Kapitalmarkt abgeschnitten werden können, wie es bei Griechenland, Portugal und Irland geschah. »Das kann auch größeren, hochentwickelten Volkswirtschaften passieren«, vermerkte EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark am Vorabend seiner Rücktrittsankündigung in der Irish Times. Wenn sich die Überproduktionskrise weiter zuspitzen sollte, wird das die Staatsfinanzen zusätzlich erheblich schwächen, mit der Gefahr, daß die schwelende Fiskalkrise in weitere Staatspleiten umschlägt. Bereits jetzt haben selbst die noch nicht ins Gerede gekommenen Länder an Handlungsfähigkeit eingebüßt. Sie verfügen kaum noch über die Finanzkraft, konjunkturpolitisch zu agieren. Ihre vielfach durchgepeitschten »Sparprogramme« können daran nichts ändern, da sie – wie Griechenland zeigt – die Konjunktur zusätzlich belasten und damit erst einmal die Staatsfinanzen untergraben. Statt die Geschäfte des Kapitals zu stimulieren, werden die Staaten mehr und mehr selbst zu einer Last. Staatsbankrotte, die einen Bankenzusammenbruch mit einem vorübergehenden Stillstand der Wirtschaft auslösen, werden immer wahrscheinlicher. In der Diskussion über eine geordnete Insolvenz Griechenlands wird ein solcher Fall bereits durchgespielt.

»Lender of Last Resort«

Die Notenbanken haben in dieser Krise eine besondere Rolle. Als »Lender of Last Resort« (Kreditgeber der letzten Zuflucht) können sie alle nötigen Darlehen in beliebiger Höhe in der Währung, in der sie ihre Banknoten emittieren, zur Verfügung stellen. Sie können dies tun, solange man ihnen vertraut. Die Glaubwürdigkeit ist das Wichtigste, was sie besitzen, denn die Banknoten, mit denen sie ihren Kredit auszahlen, sind durch keine wirklichen Werte hinterlegt. Eine Golddeckung oder Anbindung an das Gold, wie gelegentlich gefordert, gibt es nicht. Ihre Krise ist daher immer zugleich eine Vertrauenskrise, d.h. ein Vertrauensverlust in das von ihnen emittierte Geld. Sollte sie eintreten, verliert das Geld mehr und mehr seine Fähigkeit, den Waren als allgemeines Tauschmittel zu dienen. Es büßt an Kaufkraft ein, mit der Gefahr einer sich beschleunigenden Inflation. Alle, die das Geld bzw. Ansprüche darauf besitzen, wollen es schnell loswerden, im Waren- wie im Kreditverkehr.

»Quantitative Easing«, was euphemistisch mengenmäßige geldpolitische Lockerung bedeutet, nennen die Notenbanken ihr riskantes Vorgehen, das in Europa und den USA mit dem großen Crash einsetzte. Sie senken seitdem die Bonitätsanforderungen für Wertpapiere, die sie für die Vergabe von Krediten entgegennehmen. Griechische Anleihen auf Ramschniveau gehören ebenso dazu wie irische oder portugiesische. Die EZB leiht gegen fragwürdige Wertpapiere so viel aus, wie die Banken brauchen. Ab Oktober bietet sie den Instituten Refinanzierungsgeschäfte mit zwölf Monaten Laufzeit an; ab Dezember können sie sich für 13 Monate soviel Geld ausleihen, wie sie an Wertpapieren hinterlegen können.

Hinzu kommt, daß die Notenbanken ihre selbst gedruckten Banknoten dem Staat zur Finanzierung seiner Ausgaben als Kredit auch unmittelbar zur Verfügung stellen. Ökonomisch läuft diese »monetäre Staatsfinanzierung« auf eine Geldfälschung hinaus: Der Staat geht nicht mit dem Geld anderer Leute einkaufen, das als Wertzeichen nur eine verwandelte Form des Warenwerts ist, sondern mit frisch bedruckten Papierzetteln. Die US-Notenbank Fed besitzt nach den Ankaufprogrammen QE1 und QE2 US-Anleihen im Wert von 600 Milliarden US-Dollar, die Bank von England 200 Milliarden Pfund. Hier wurde eine neue Welle von Anleihekäufen in Höhe von 75 Milliarden angekündigt. Anfangs noch etwas zögerlich, öffnet die EZB mehr und mehr die Tür für solche Anleihekäufe. Bis Juni 2010 kaufte sie Pfandbriefe und andere besicherte Papiere in Höhe von 60 Milliarden Euro. Hier ist eine weitere Aufstockung um 40 Milliarden bis November 2012 vorgesehen. Mitte September 2011 besaß sie

Staatsanleihen finanzschwacher Euro-Länder in Höhe von 143 Milliarden Euro; fast die Hälfte davon kaufte sie erst in den vorangegangenen vier Wochen, hauptsächlich, um die Zinsen für italienische und spanische Anleihen niedrig zu halten. Sie stellte sich in den Dienst der Fiskalpolitik. Die mit solchen Anleihekäufen verbundenen Risiken verteilen sich auf alle Länder, so daß hier eine Haftungsgemeinschaft besteht, die von deutschen Notenbankern abgelehnt wird. Für Jürgen Stark war das ein Grund für seine Rücktrittsankündigung, ebenso für den ehemaligen Bundesbankchef Axel Weber, der seinen Posten im Frühjahr aufgab.

Die EZB gewinnt mehr und mehr die Qualität einer Bad Bank, da in ihrer aufgeblähten Bilanz risikoreiche Wertpapiere stecken. Wenn sich nun die Wirtschaftskrise und in Reaktion darauf auch die Staatsschuldenkrise weiter zuspitzen, besteht die Gefahr, daß die EZB wegen eines raschen Wertverfalls dieser Papiere schnell an Vertrauen verliert. Eine Flucht aus dem Euro könnte einsetzen. Das würde mit einer galoppierenden Inflation, möglicherweise noch mit einer Währungsreform einhergehen.

Währungsunion wankt

Das Projekt Währungsunion wird bereits mehr und mehr in Frage gestellt. Im Vordergrund des Streits steht das Problem, wer für die Staatsschulden einsteht. Eine vor allem von Italien geforderte Haftungsgemeinschaft, etwa durch die Herausgabe von Euro-Bonds und durch eine erhebliche Vergrößerung des Rettungsfonds EFSF, lehnen die finanziell bessergestellten Staaten – darunter Deutschland – ab, da das für sie zu höheren Zinsen und zur Übernahme fremder Schulden führen würde. Sie wollen erst einmal die Staatsfinanzen der Problemländer kontrollieren, was Mitte August zu dem Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy führte, eine »echte europäische Wirtschaftsregierung« zu etablieren. Das einstige Ziel, die Währungsunion sei nur ein erster Schritt für eine Wirtschafts- und eine spätere politische Union, blitzte auf. Daß diese Initiative gleich wieder im Sand verlief und statt dessen öffentlich über eine geordnete Staatsinsolvenz einschließlich eines Austritts Griechenlands aus der Euro-Zone diskutiert wurde, zeigt, wie wenig Chancen ein vereintes Europa auf kapitalistischer Grundlage hat.

Je mehr sich alle Seiten der Krise zuspitzen, umso stärker treten die nationalen Kapitalinteressen innerhalb des gemeinsamen Währungsraums hervor. Jedes Land will die Folgen der Krise möglichst auf den Nachbarn abwälzen, keineswegs aber deren Lasten übernehmen. Um dies zu tun, ist die finanzielle Handlungsfähigkeit besonders wichtig, die schon deshalb nicht durch eine Übernahme fremder Schulden untergraben werden darf. Das Kapital scheint nur eine eingeschränkte europäische Solidarität zu kennen, die gebrochen wird durch das Standortinteresse des jeweiligen Landes. Solange es innerhalb einer Währungsunion mehr zu gewinnen als zu verlieren gibt, bleibt man zusammen, andernfalls trennt man sich. Im Süden Europas hat das Kapital an Konkurrenzfähigkeit auch gegenüber Asien und Osteuropa verloren. Statt durch eine Abwertung der Währung einen Ausgleich zu erhalten, ist der Euro wegen der besonderen Wirtschaftskraft und der höheren Produktivität in Deutschland zeitweise gestiegen. Solche Bruchlinien zwischen den verschiedenen nationalen Produktivitätsniveaus bilden einen Sprengsatz für die Währungsunion. Die dramatisch wachsenden Ungleichgewichte zwischen den nationalen Leistungsbilanzen kennzeichnen die verzerrten Konkurrenzverhältnisse. In dem Maße, wie sich die Rivalität durch die Überproduktionskrise zuspitzt, werden zugleich die Schwierigkeiten zunehmen, die zu einer Rückabwicklung der Währungsunion führen könnten. In einem solchen Fall würden die nationalen Gespenster der Vergangenheit rasch zurückkehren, die sich bereits den Weg zu bahnen beginnen in den Mythen vom »faulen und korrupten Griechen«, der sich durch Manipulation statistischen Materials in die Euro-Zone mogelte, die europäische Einheitswährung an den Rand des Zusammenbruchs brachte und nun den hart arbeitenden Deutschen auf der Tasche liegt.

Die Weichen neu stellen

Politiker und Ökonomen sind ratlos, wie die sich allseitig zuspitzende Krise zu lösen ist. Ihre Maßnahmen und Vorschläge gehen nicht über das hinaus, was schon während des großen Crashes keine wirkliche Lösung brachte. US-Präsident Barack Obama brachte ein weiteres Konjunkturprogramm in Höhe von 447 Milliarden Dollar ins Spiel, um die ökonomische Stagnation zu beenden, wohl wissend, daß die vorangegangenen eine Linderung nur um den Preis einer künftigen Verschärfung der Krise brachten. Die Fed denkt über neue Anleihekäufe nach, die bislang nur zu einer Konzentration der Risiken in der eigenen Bilanz, nicht aber zu einer wirklichen Bereinigung der Krise beigetragen haben. Die Griechen müßten sich jetzt anstrengen, als wären sie im Krieg, leitete Ministerpräsident Georgios Papandreou eine weitere Bewegung in der Verelendungsspirale ein, obwohl alle bisherigen Anstrengungen nur zu einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Depression geführt haben. Die anderen Länder wie Großbritannien, Spanien, Italien und mit Einschränkungen auch Deutschland folgen auf Abstand diesem Kurs, ohne daß sich die Verschuldungssituation verbessert hätte.

Auf der Jahrestagung des »Vereins für Socialpolitik« Anfang September 2011, dem größten Volkswirtekongreß im deutschsprachigen Raum, diskutierte man über »die Ordnung der Weltwirtschaft: Lektionen aus der Krise«, ohne auch nur eine Vorstellung zu haben, wie man sie beenden könnte. Ökonomieprofessoren wie Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und Beatrice Weder di Mauro vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung forderten, die Eigenkapitalquoten der Banken zu erhöhen bzw. ein internationales Insolvenzrecht für systemrelevante Banken zu schaffen. Der Bonner Makroökonom Gernot Müller präsentierte ein neokeynesianisches Modell, das nur die hausbackene neoliberale These wiederholte, wonach Ausgabenkürzungen des Staates die Risikoprämien an den Finanzmärkten sinken ließen, was die private Nachfrage anrege. Der Genfer Makroökonom Charles Wyplosz verlangte von der EZB, noch mehr zu tun, indem sie eine Garantie für sämtliche Staatsschulden ausspreche. Wie in der Politik werden auch hier nur die untauglichen Mittel der Vergangenheit wiederholt. Daß Wissenschaft und Politik keinen Ausweg wissen, ist eine Konsequenz ihrer bürgerlichen Befangenheit. Sie benötigen eine Mischung aus Oberflächlichkeit und Schönfärberei, um gerade die kritischen Punkte des kapitalistischen Systems nicht berühren zu müssen. Sie gelangen nur zu solchen Vorschlägen, die systemkonform sind, also die Grundfesten des Kapitalismus unangetastet lassen, aus denen heraus die Krise aber entstanden ist.

Wir stehen am Beginn einer außerordentlichen Entwicklung, die neben zyklischen Krisenprozessen zusätzlich die schweren Bürden des großen Crashes enthält. Dies ist ein gefährliches Gemisch, das Nationalismus und Barbarei in sich trägt. Soll eine politische und soziale Katastrophe verhindert werden, auf die die kapitalistische Welt unvermeidlich zusteuert, müssen die Weichen grundlegend anders gestellt werden als bisher.

1 Vergleiche ausführlich dazu: Guenther Sandleben, Finanzmarktkrise – Mythos und Wirklichkeit. Wie die ganz reale Wirtschaft die Krise kriegt. Proletarische Texte, Norderstedt 2011

** Guenther Sandleben ist Ökonom, Politikwissenschaftler und lebt als Publizist in Berlin*

Texte und weitere Informationen: www.guenther-sandleben.de

Onlineaktionsabo: Das Onlineaktionsabo der Tageszeitung junge Welt bietet alle Vorteile der gedruckten Ausgabe zum unschlagbaren Preis von 18 Euro für drei Monate. Das Abo endet automatisch, muss also nicht abbestellt werden. Jetzt Abo abschließen und gleich loslesen!

1. Hinweis im Zusammenhang des Hauptartikels:

Kapitallesekreis von KoKa-Augsburg: <https://koka-augsburg.net/>

Ankündigungstext:

Erstaunlich oder eben überhaupt nicht erstaunlich, wie trotz Klima- und Umweltschäden einerseits und Wirtschaftskrisen — die in nichts anderem bestehen als notwendig gewordenen Entwertungen von Kapital — andererseits die Führungsmächte des freien Westens geradezu verkrampft an ihrem Wirtschaftssystem festhalten. Es soll, gerade weil es das nicht ist, mit allen Fähnissen und von ihm selbst hervorgebrachten Folgen, kompatibel gemacht werden: Umweltschutz ja, aber nur, insofern »die Wirtschaft« ihn nicht bezahlen muß! Kapitalentwertung ja, aber nur, insofern sie dem nationalen Standort nicht schadet! Verrückt, ja wirklich verrückt! Und gerade das spricht dafür, die kapitalistische Ökonomie mal genauer unter die Lupe zu nehmen. Schon Marx hatte seinerzeit das für notwendig erachtet. In Augsburg wird deshalb ein neuer Lesekreis angeboten, der im Januar 2020 beginnt. (03.11.19)

[Karl Marx: Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie Lesekreis in Augsburg](#)

Heute gibt es so gut wie keinen Staat mehr, der nicht zur Vernunft gekommen wäre, der sich nicht einer kapitalistischen Staatsräson bedienen würde (nicht einmal die Kommunistische Partei Chinas verschließt sich einer solchen!): Denn die vom Staat gewährte Freiheit privaten Eigentums — an Kapital! Das versteht sich, liest man Grundgesetz und Menschenrechtserklärung, offenbar von selber! — verspricht ihm die Erträge abzuwerfen, die er für seine Behauptung und den Aufstieg innerhalb einer weltweiten Konkurrenz von Nationalstaaten nötig hat. Dafür, daß ihm seine Wirtschaft die ökonomischen Machtmittel verschafft, setzt er sie als eine »freie« Wirtschaft ins Recht. In der Konkurrenz freier Kapitale obsiegen allenthalben die erfolgreichen, also die, welche am meisten Profit erwirtschaften; dieses Prinzip soll einem jeden Staat, einem »ideellen Gesamtkapitalisten«, wie Marx einen solchen diesbezüglich nennt, sehr zum Nutzen gereichen.

Doch woher rührt nun dieser Erfolg einer »freien Wirtschaft«? Worin liegt nun das Geheimnis jener wundersamen Geldvermehrung, die sich ein jedes Kapital als seine Berufung zur Aufgabe gemacht hat? Das hat Marx — ganz im Gegensatz zu denen, die sich heute als Wissenschaftler verstehen! — interessiert. Im Gegensatz zu jenen hat er darüber hinaus nicht den Stand der Forschung in dieser Sache ignoriert. Er hat die seinerzeitigen Wirtschaftstheoretiker, welche eben dieser Frage nachgegangen sind, auf die Richtigkeit und Falschheit ihrer Überlegungen untersucht. Darüber ist er der Sache auf den Grund gekommen.

Für ihn war eine allgemeine Krise des Kapitals sodann kein Geheimnis. Konsequenterweise hing er nicht der haltlosen Behauptung an, eine solche Krise ließe sich, träfe man nur entsprechende Vorkehrungen, verhindern. Als der Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers eine neue weltweite Krise des Kapitals einläutete, entsannen sich einige Journalisten, daß Marx exemplarisch von Krisen geredet habe: Müssen denn Krisen so charakteristisch für die kapitalistische Wirtschaft sein, wie von Marx behauptet?, fragten sie im Handelsblatt, in der taz, in der FAZ und all den anderen so seriös sich gebenden Blättern, die obendrein stets mit der Erwähnung eines »großen Geistes« glänzen wollen.

Freilich, Marx hat das ja nicht bloß behauptet, er hat es bewiesen. Doch diesen Beweis wollten und wollen die Protagonisten des Kapitalismus nicht gelten lassen. So war der Rekurs auf Marx allein dem Ansinnen geschuldet, so weiterzumachen wie bisher; denn was von Staats und Kapital wegen nicht sein darf, kann auch nicht die Wahrheit sein! —

Allerdings geht dieses geile Programm nicht ohne Kosten ab. Deshalb empfiehlt es sich für diejenigen, die diese Kosten allenthalben aufgebürdet bekommen und zu tragen haben, sich über die herrschende Rechnungsweise klar zu werden. Dazu ist Marx' »Kapital« hilfreich, ja unentbehrlich.

Marx war sich — schon damals! — darüber im Klaren, daß sich die »kleinen Leute« am ehesten über die »ungeheure Warensammlung« täuschen. Als solche wird ihnen der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften vorstellig. Heutzutage als shopping people unterwegs zu sein, gilt ihnen außerhalb der Zeit, in dem kapitalistische Betriebe sie in Dienst genommen haben, als das Allerhöchste!

Daher beginnt Marx seine Untersuchung so: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.« (MEW Band 23, S. 49)

Der neue Kapital-Lesekreis beginnt in Augsburg im Januar 2020.

Leute mit Erkenntnisinteresse melden sich an über www.kapital-lesen.com

oder direkt unter der e-mail-Adresse: **info@koka-augsburg.com**

Alle weiteren Informationen dann per e-mail.

[Karl Marx, „Das Kapital“, Dietz-Verlag, Berlin, MEW Band 23, ISBN 3-320-00225-2](#)

2.Hinweis im Zusammenhang des Hauptartikels:

Ein Seminarskript: [„Der Zustand der Weltwirtschaft, die Erklärung der herrschenden Wirtschaftsweise und ihrer Perspektiven“](#) [identisch mit: „Die Wirtschaftskrise 2008 bis Juni 2020 und die staatlichen Maßnahmen - ein Seminarskript“ von Gruppen Gegen Kapital und Nation (GKN); kann als **PDF**-Datei heruntergeladen werden auf: <https://antinational.org/die-wirtschaftskrise-2008-bis-juni-2020-und-die-staatlichen-massnahmen-ein-seminarskript/>];